



Newsletter Nr. 5, 15.10.2021

Inhalt

Editorial	2
Berufsständisches und Fachliches	2
Die Personalmisere der Gesundheitsämter in den Medien	2
Positiver Schnelltest? Dann besser nicht mit dem Bus zum PCR-Test fahren!	3
„Die Gesundheitsämter als Nadelöhr bei der Pandemiebekämpfung“	3
Thüringen: Gutachten über den Zustand des ÖGD in Arbeit	3
Vorschlag: Stiftungsprofessur für den ÖGD	4
Rückreiseformular: „Absurde Sonderregel überlastet Gesundheitsämter“	4
Opposition verlangt mehr Unabhängigkeit für das RKI.....	5
Meinungsstark: Der neue Chef des Frankfurter Gesundheitsamtes.....	5
Tinnemann: Statt „Brummkisten“ besser mal regelmäßig Lüften!.....	6
Chef des Frankfurter Gesundheitsamts macht Führerschein für Airport-Vorfeld	6
Die gesellschaftlichen Ursachen von Erkrankungen	6
Zum Werdegang von Dr. Peter Tinnemann	6
„Die Auskunftsfreudigkeit geht zurück“	7
Wenn Links nicht funktionieren	7
Terminkalender	7
26. TZW Kolloquium digital- Neue Erkenntnisse und Anforderungen an die Wasserbranche	7
19. Gesundheitspflege-Kongress- online	8
Weiterbildung der sachkundigen Probenehmer - Entnahme von Wasserproben für die Trinkwasseruntersuchung	8
Trinkwasserqualität überwachen und beurteilen - Aktuelle Aspekte.....	8
Grundschulung - Sachkunde für die Entnahme von Wasserproben für die Trinkwasseruntersuchung	8

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

der neue Newsletter beinhaltet dieses Mal Themen in eigener Sache rund um die Coronapandemie. Kurz und prägnant werden die Sorgen der Gesundheitsämter dargestellt. Es ist sicher auch für Außenstehende von Interesse wie die Gesundheitsämter mit der Corona Pandemie umgehen. Die Arbeit fast aller Kolleg/Innen konzentriert sich immer noch sehr darauf. Auch wenn immer mehr Müde werden, geltende Regeln ohne „Wenn und Aber“ einzuhalten, bleiben die Aufgaben in den Gesundheitsämtern bestehen (Aufklärung, Beratung, Anordnung). Sowohl von der Politik als auch der Bevölkerung wird erwartet, dass die Gesundheitsämter einen reibungslosen Ablauf garantieren und einhalten. Die Personalsituation wird dabei immer schwieriger.

Bitte haben Sie Verständnis, dass wir auf unsere Situation aufmerksam machen. Unsere anderen dienstrechtlichen Aufgaben müssen irgendwie auch weiter ausgeführt werden. Alle Kolleg/Innen geben sich größte Mühe alle Dienstaufgaben zu bewältigen. Um dem gerecht zu werden, müssen weiterhin die Wochenenden besetzt und viele Überstunden geleistet werden.

Berufsständisches und Fachliches

Die Personalmisere der Gesundheitsämter in den Medien

Spätestens mit der Corona-Krise wurde die personelle Unterbesetzung der Gesundheitsämter auch in den Medien aufgegriffen (s. Hygiene-Newsletter vom Dez. 2020). In diesem Newsletter geben wir einmal mehr einen Überblick, wie die Lage in den

Gesundheitsämtern quer durch Deutschland in den Medien gespiegelt wird. Inwieweit die Schilderungen in den Medien zutreffen, können die Leserinnen und Leser des Hygiene-Newsletters sicher selbst am besten beurteilen. Auffallend ist allerdings, dass es fast immer um die „Häuptlinge“ (also die AmtsärztInnen) geht, während die „Indianer“ (also beispielsweise die Hygiene-InspektorInnen) in der Medienberichterstattung gar nicht vorkommen.

Insbesondere die Pressemitteilungen und Interviews des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD) sorgen dafür, dass die Personalmisere in den Ämtern immer wieder in die Medien transportiert wird. So hatte sich Anfang Oktober 2021 die BVÖGD-Vorsitzende Ute Teichert erneut über die anhaltenden personellen Engpässe in den Gesundheitsämtern während der Corona-Krise beklagt. *„In den ersten drei Wellen hatten wir befristet Beschäftigte, die jetzt nicht mehr da sind.“* Zudem habe auch die Bundeswehr zeitweise ausgeholfen.

„Aber es kann nicht sein, dass es nach wie vor keine Lösungskonzepte gibt und die Gesundheitsämter in der Pandemie jedes Mal die Bundeswehr rufen müssen, wenn es eng wird.“

Bereits am 02.08.21 hatte Teichert gegenüber dem MDR bemängelt, dass in der Coronapandemie die Gesundheitsämter *„bislang noch kaum zusätzlichen Stellen bekommen“* hätten. *„Wegen der bürokratischen Abläufe würden die meisten Ausschreibungen erst jetzt starten.“* Fakt sei zudem, *„dass viele, die zur Unterstützung in den Gesundheitsämtern waren, jetzt wieder abgezogen wurden, sodass die Gesundheitsämter wieder auf Normalgröße zurückgeführt“* worden seien.

Durch die immense Arbeitsbelastung der Gesundheitsämter in Folge der zeitraubenden Kontaktnachverfolgung würden die eigentlichen Aufgaben der Ämter oft auf der Strecke bleiben. So würden notgedrungen auch

die Befassung mit den Schuleingangsuntersuchungen sowie die weiteren Aufgaben des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes zu kurz kommen. *„Das ist ein Drama. Die Schuleingangsuntersuchungen sind kein entbehrlicher Verwaltungsakt, sondern ein wichtiges Instrument, um zu erkennen, wo Kinder Förderung und Familien Hilfe benötigen. Fallen sie aus, trifft das besonders jene, die sozial sowieso schon benachteiligt sind“*, wurde Teichert im Juni 2021 in den Medien zitiert.

Positiver Schnelltest? Dann besser nicht mit dem Bus zum PCR-Test fahren!

Bereits im März 2021 hatte die BVÖGD-Vorsitzende Teichert darauf aufmerksam gemacht, dass es noch an einer passenden Kommunikation gegenüber potenziell Infizierten fehlen würde. *„Jeder, der positiv getestet ist, müsste sich sofort persönlich isolieren und dann einen PCR-Test machen“*, habe Teichert lt. *ÄRZTEBLATT* vom 22.03.21 betont. *„Sie oder er sollte zu der Teststelle aber nicht mit dem Bus fahren. Sonst bringen die Schnelltests nichts.“* Hier sei *„eine klare Kommunikation seitens der Politik“* notwendig, sagte Teichert. *„Die fehlt bislang.“*

„Die Gesundheitsämter als Nadelöhr bei der Pandemiebekämpfung“

Stellvertretend für die Kommentierung in vielen anderen Printmedien zitieren wir die *NEUE WESTFÄLISCHE* vom 17.09.21:

„Die Gesundheitsämter gelten als Nadelöhr der Pandemiebekämpfung. Wenn sie mit der Verfolgung von Corona-Kontakten nicht hinterherkommen, läuft das Infektionsgeschehen aus dem Ruder.“

Der SWR berichtete am 08.09.21 über die kritische Lage in vielen Gesundheitsämtern in Rheinland-Pfalz:

„Die Gesundheitsämter in der Region Trier sind an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt. Immer mehr Kontaktnachverfolgungen nach Corona-Infektionen bringen sie personell ans Limit.“

Da man an der *„Belastungsgrenze arbeite“*, hätten sowohl der Kreis Trier-Saarburg als auch

der Eifelkreis Bitburg-Prüm Amtshilfe durch die Bundeswehr angefordert. Ähnlich hätten sich auch der Kreis Birkenfeld und weitere Landkreise geäußert. Das Gesundheitsamt Birkenfeld könne *„wegen der enorm gestiegenen Corona-Fallzahlen nicht mehr sicherstellen, dass jeder positiv Getestete telefonisch durch das Gesundheitsamt kontaktiert werde“*.

Der Leiter des Gesundheitsamtes Daun fordere lt. SWR, sich bei den Tests nur noch auf Menschen mit Symptomen zu konzentrieren. Es sollten nicht mehr alle Kontaktpersonen getestet werden - das sei wegen der hohen Impfquote möglich. Auch das Gesundheitsamt in Bitburg teilte mit, man erwarte vom RKI neue Vorgaben zur Kontaktnachverfolgung. Dabei sollte die Impfquote einbezogen werden.

Die Modifikationen bei der Kontaktnachverfolgung hat das RKI inzwischen vorgenommen. Die aktualisierten Empfehlungen des RKI vom 15.09.21 zur **„Kontaktpersonen-Nachverfolgung (KP-N) bei SARS-CoV-2-Infektionen“** können unter https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Kontaktperson/Management.html abgerufen werden.

Thüringen: Gutachten über den Zustand des ÖGD in Arbeit

In einer groß angelegten Umfrage bei den Gesundheitsämtern in Thüringen hatte der MDR THÜRINGEN am 10.08.21 die dort herrschende Personalnot abgefragt. Zwar hätten die Ämter ihren Personalbestand teilweise deutlich aufstocken können. Die neuen Jobs seien aber nicht immer Vollzeitstellen:

„Ein Teil der neuen Mitarbeiter wird stundenweise oder auch nur befristet beschäftigt. (...) Teilweise wurden auch innerhalb der Verwaltungen Mitarbeiter an die Gesundheitsämter abgeordnet.“

Etliche Kreise und Städte würden beklagen, *„dass es ihnen nicht gelingt, qualifiziertes Personal zu finden“*. Insgesamt gestalte sich der Personalaufbau in den thüringischen Gesundheitsämtern aber sehr heterogen. So habe der Landkreis Nordhausen die

Mitarbeiterzahl im Gesundheitsamt fast verdoppelt können und könne nun auf 50 Beschäftigte zurückgreifen. Zudem würden sich die Ämter inzwischen „*technisch und organisatorisch*“ im Hinblick auf die vierte Welle „*sehr viel besser aufgestellt*“ sehen.

„*Kritisch*“ sei aber vielerorts in den thüringischen Gesundheitsämtern der Mangel an Amtsärzten. In einigen Regionen des Freistaats seien Stellen seit Monaten oder gar „*seit Jahren*“ unbesetzt. Laut dem Erfurter Gesundheitsministerium würde der öffentliche Gesundheitsdienst „*in Konkurrenz zur Tätigkeit als niedergelassener oder angestellter Arzt in einer Klinik*“ stehen.

„*Als Arbeitgeber der öffentlichen Hand sei es schwierig, mit anderen finanziellen Angeboten Schritt zu halten. Teilweise werde einem Arzt im Krankenhaus rund 1.000 Euro pro Monat mehr angeboten. Die Attraktivität der Funktion als Amtsarzt leide unter dieser Differenz. (...) Zudem werde die Möglichkeit, [im Amt] eigene Ideen und Lösungsvorschläge zu entwickeln und umzusetzen als unzureichend eingeschätzt.*“

Dem entsprechend habe das Gesundheitsamt Erfurt dem MDR THÜRINGEN gegenüber mitgeteilt, dass die Bewerbungssituation „*katastrophal*“ sei.

Als eines der Ergebnisse seiner großen Recherche teilte der MDR u.a. auch mit, dass „*bereits 2019 ein externes Gutachten über den Zustand des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Thüringen in Auftrag gegeben worden*“ sei. „*Auf dessen Grundlage soll unter anderem ein Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst in Thüringen erlassen werden.*“

Der gesamte MDR-Bericht kann unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/corona-pandemie-gesundheit-aerzte-welle-100.html> nachgelesen werden.

Vorschlag: Stiftungsprofessur für den ÖGD

Der vom RKI ausgerufene „Tag des Gesundheitsamtes“ am 19.03.21 war auch Anlass für die Ärztekammer Westfalen-Lippe zu fordern, dass der „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ (s. Hyg.-Newsl. vom Aug.

und Okt. 2020) „*endlich umgesetzt werden müsse*“. Und weiter:

„*Es fehle immer noch eine langfristige und nachhaltige Förderung, die eine verbesserte personelle, strukturelle und finanzielle Ausstattung der Gesundheitsämter gewährleiste. (...) Ein schlecht ausgestatteter und strukturell sowie personell ausgebluteter Gesundheitsdienst stelle eine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung dar - und dies nicht nur während einer Pandemie.*“

Im ÄRZTEBLATT vom 19.03.21 wurde die Kammer auch mit dem Vorschlag zitiert, an der Universität Bielefeld für den ÖGD für fünf Jahre eine Stiftungsprofessur einzurichten.

„*Diese soll zur Stärkung der wissenschaftlichen Arbeitsgrundlagen des ÖGD, zur Verankerung von universitärer Forschung und Lehre zu ÖGD-spezifischen Themengebieten sowie zur wissenschaftlichen Analyse und Bewertung des regionalen pandemischen Ausbruchsgeschehens unter besonderer Berücksichtigung der Erfordernisse des ÖGD beitragen.*“

Rückreiseformular: „Absurde Sonderregel überlastet Gesundheitsämter“

Im ersten Jahr der Corona-Krise war es ein Running Gag in den Medien und in den Talkshow-Runden, dass trotz angesagter Digitalisierung das Fax-Gerät in den Gesundheitsämtern immer noch das gebräuchliche Kommunikationsmittel sei (s. Hyg.-Newsl. vom April 21). Die mangelhafte Digitalisierung der Ämter wurde in den Medien im Juli 2021 erneut thematisiert - und zwar im Zusammenhang mit der Einreiseanmeldung aus (Hoch-)Infektions- und Risikogebieten.

Das Problem: Diejenigen, die sich nicht digital anmelden können oder wollen, hätten die Möglichkeit, eine sogenannte Ersatzmitteilung auszufüllen. Dabei würde es sich um ein einseitiges Formular handeln, das handschriftlich ausgefüllt wird. Sollte dieses Dokument weder von der Fluggesellschaft noch von der Bundespolizei kontrolliert worden sein, hätten Reisende die Möglichkeit, das Formular maximal 24 Stunden nach Einreise per Post abzuschicken – an das

Bundesgesundheitsministerium. Von dort würden die Dokumente an die einzelnen Gesundheitsämter weitertransportiert. Insgesamt hätten 1,2 Millionen Ersatzmitteilungen das Bundesgesundheitsministerium seit November 2020 per Post erreicht, berichtete der Newsletter der PC-Zeitschrift CHIP am 26.07.2021.

Dass die Gesundheitsämter in der Reisesaison von analogen Papiermeldungen überrollt würden, stuft CHIP als „*sinnbildlich für den Stand der Digitalisierung in Deutschland*“ ein. Die Zahl der postalisch eingegangenen Ersatzmitteilungen sei zudem so hoch, dass gar nicht alle Meldeformulare kontrolliert werden könnten. Die fehlende Überprüfung stöße auf Kritik aus dem Bundestag: *„Mangels wirksamer Kontrolle gibt es leider kaum Hürden, um Falschangaben oder die Missachtung der Quarantänepflicht zu verhindern“*, so der FDP-Abgeordnete Roman Müller-Böhm. Der Abgeordnete habe den Verdacht geäußert, dass viele Reisende offenbar komplett auf die Einreiseanmeldung verzichten würden. *„Die Ersatzmitteilung sei sinnbildlich für den Stand der Digitalisierung in Deutschland“*, wiederholte Müller-Böhm die CHIP-Kritik.

Opposition verlangt mehr Unabhängigkeit für das RKI

Am 7. Okt. 2021 musste das Robert-Koch-Institut (RKI) einräumen, dass die Corona-Impfquote um etwa fünf Prozentpunkte höher liegen könnte als bisher angenommen. Man könne davon ausgehen, dass bis zu 80 Prozent der Erwachsenen vollständig geimpft seien. Die eigentlich positive Nachricht nahmen die Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag zum Anlass, u.a. mehr Unabhängigkeit von der Politik für das Robert-Koch-Institut zu fordern. Die Gesundheitsexpertin der FDP, Christine Aschenberg-Dugnus (MdB), sagte der „Bild“-Zeitung, bei RKI-Chef Prof. Lothar Wieler gebe es von Fehlereinsicht keine Spur. Er sei zu nah dran an der Linie der Bundesregierung. Für die Zukunft wolle die FDP erreichen, dass die Behörde vom Bundesgesundheitsministerium abgekoppelt werde.

Der DLF berichtete am 09.10.21 ferner, dass der der Grünen-Politiker Dieter Janecek (MdB) kritisierte habe, dass das RKI im besonderen und Deutschland im allgemeinen *„offenbar überfordert“* seien. Denn in anderen Ländern seien Probleme mit der Erfassung der Impfquote unbekannt. Janecek habe darüber hinaus Wieler *„mitverantwortlich für die monatelangen Schulschließungen in Deutschland“* gemacht. Das RKI habe fälschlicherweise Kinder als Infektionstreiber dargestellt.

Meinungsstark: Der neue Chef des Frankfurter Gesundheitsamtes

Schon der bisherige Leiter des Frankfurter Gesundheitsamtes, Prof. Dr.med. René Gottschalk, war keinem Konflikt aus dem Weg gegangen (s. Hyg.-Newsletter vom Okt. 2020). Ähnlich meinungsstark ist auch sein Nachfolger Peter Tinnemann. Tinnemann hatte die Amtsleitung zum 1. Juni 2021 von Gottschalk übernommen. In einem großen Interview mit der FRANKFURTER RUNDSCHAU (FR) nahm Tinnemann am 29.08.21 im Hinblick auf die Corona-Politik kein Blatt vor den Mund. Auf die Frage *„Ist die Politik der Kontaktnachverfolgung Unsinn?“* beschrieb Tinnemann zunächst die Event-Location am Mainufer, wo die Youngsters ohne Abstand feiern würden. *„Das ist schön und auch ganz wichtig. Aber da passieren Infektionen.“* Die daraus resultierende Belastung der Gesundheitsämter:

„Wenn 300 Kids feiern und eines davon infiziert ist, muss ich alle 300 anrufen, das frisst unsere Ressourcen. Daher muss man die Frage stellen, ob das sinnvoll ist, denn die Kids werden sowieso in den seltensten Fällen ernsthaft krank.“

Die FR insistierte: *„Was wäre die Alternative zur Kontaktverfolgung?“* Anstatt einer Nachverfolgung bei jedem Infizieren würde Tinnemann die Ressourcen seines Amtes *„lieber nutzen für Leute, die ein besonders hohes Risiko haben und die noch nicht geimpft sind. Die in prekären Verhältnissen leben, in engen Wohnungen, darum muss man sich kümmern. Dort würde ich lieber meine Leute*



RBS wave

Ihre Ressourcen. Unsere Beratung.
Die Spezialisten.

hinschicken, als 500 Besucher einer Technoparty anzurufen.“

Tinnemann: Statt „Brummkisten“ besser mal regelmäßig Lüften!

Und ähnlich wie zuvor schon Gottschalk kritisierte auch Tinnemann in der FR den Einsatz von Luftfiltern in Schulklassenräumen: *„So eine Brummkiste in die Ecke zu stellen, die ein bisschen Luft unten ansaugt und oben wieder rauspustet, ist rausgeworfenes Geld. Da hätte die Politik rationaler reagieren müssen.“* Das Urteil könne er sich erlauben, weil sich das große Frankfurter Gesundheitsamt bei seiner Einschätzung der Corona-Lage auf sehr viele Fallzahlen abstützen könne. Deshalb sei man in der Lage, *„gute Aussagen treffen zu können. Wir haben die Experten hier, haben das Volumen“*. Bezüglich der Vorsorge in Klassenräumen sei es *„das Beste (...) in regelmäßigem Abstand eine vernünftige Frischluftzufuhr“* zu gewährleisten.

Chef des Frankfurter Gesundheitsamts macht Führerschein für Airport-Vorfeld

In dem Interview mit der FR berichtete Tinnemann auch über seine Strategie bei der Ankunft der Ortskräfte aus Afghanistan auf dem Frankfurter Flughafen. Tinnemann betonte, dass die Nähe des Gesundheitsamtes zu dem Großflughafen zu einer der Besonderheiten seines Amtes gehören würde. Man habe im Gesundheitsamt Frankfurt die Kapazitäten, um die Passagiere aus Großflugzeugen auf deren Gesundheitszustand zu überprüfen. Man sei für solche Großeinsätze geschult - und:

„Ich mache gerade meinen Führerschein für das Vorfeld. Das ist außergewöhnlich für ein Gesundheitsamt in Deutschland.“

Die gesellschaftlichen Ursachen von Erkrankungen ...

... würden ihn besonders umtreiben, hatte Tinnemann in dem FR-Interview erklärt: *„Was macht Menschen krank? Was trägt dazu bei, sie gesund zu machen? Meine Arbeit als junger Mediziner in Haiti hat mich politisiert*

und das lässt mich seitdem nicht mehr los. Die Auseinandersetzung mit Unterernährung, HIV-Infektionen und gleichzeitig schlechten sozialen Verhältnissen. Wir als Gesellschaft tragen Verantwortung für die von uns benachteiligten Gruppen. Das ist unser Auftrag als öffentlicher Gesundheitsdienst.“

Und weiter:

„Was mich irritiert, wenn ich morgens mit dem Fahrrad zur Arbeit fahre, sind die Gruppen von Roma, glaube ich, die offensichtlich mit Matratzen irgendwo auf der Straße übernachten. Das ist nicht würdig für eine Stadt, in der Hochhäuser mit Luxuswohnungen stehen. Im krassen Gegensatz dazu die Armut auf der Straße – auch im Bahnhofsviertel, wo Menschen auf der Straße liegen. Das ist unwürdig. Das dürfen wir als Gesellschaft nicht einfach akzeptieren. Da müssen wir uns engagieren. Und das könnte erst der Anfang sein.“

Die darauf folgende Frage der FR: *„Sie gehen davon aus, dass die soziale Spaltung zunimmt?“* *„Ich befürchte, dass wir die Auswirkungen der Corona-Pandemie in den nächsten Monaten oder Jahren noch stark zu spüren bekommen. Da geht es nicht darum, ob Maske tragen oder impfen doof ist. Es geht um Menschen, die ihre Jobs verlieren, die mental so herausgefordert sind, dass sie psychisch krank werden. Die durch die Pandemie einen Liebsten verloren haben oder langfristig krank sind. Womöglich werden weitere Bevölkerungsgruppen sozioökonomisch benachteiligt. Verarmen. Da müssen wir bereitstehen, sie unterstützen und die Politik alarmieren, dass hier Bedarf entsteht. Auch das ist unser Auftrag: Klarheiten herstellen und zu kommunizieren.“*

Zum Werdegang von Dr. Peter Tinnemann ...

... informierte die FR u.a., dass Peter Tinnemann, Jahrgang 1967, Medizin in Köln und Hamburg studiert und sich 1997 approbiert habe. Er habe im selben Jahr ein Diplom in Tropenmedizin und medizinischer Parasitologie erworben. Der inzwischen vierfache Vater habe 1999 in Hamburg promoviert.

„In Haiti tätig war er erstmals in seiner Zeit als Arzt im Praktikum. Die Arbeit in unterschiedlichen internationalen

Regiowasser

Organisationen wie Ärzte ohne Grenzen führte ihn später in viele andere Regionen der Welt. In England arbeitete Tinnemann 2004 bis 2007 im nationalen Gesundheitsdienst, erwarb in dieser Zeit einen Master of Studies in Public Health an der Universität Cambridge. Seit 2016 ist er Facharzt für öffentliches Gesundheitswesen. Zuvor arbeitete er unter anderem an der Berliner Charité, im öffentlichen Gesundheitsdienst in Berlin und Brandenburg sowie als ärztlicher Referent an der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf.“

Wer das ganze Interview nachlesen will, findet das Gespräch mit dem Chef des Frankfurter Gesundheitsamtes unter

<https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-und-seine-armut-das-ist-unwuerdig-fuer-eine-stadtmit-luxus-wohnhochhaeusern-90946661.html>

„Die Auskunftsfreudigkeit geht zurück“

Unter dieser Überschrift hat die in Freiburg erscheinende Zeitung DER SONNTAG am 03.10.21 ein Interview mit dem Leiter des Freiburger Gesundheitsamtes veröffentlicht. Thema war „die Situation der Gesundheitsämter vor der vierten Corona-Welle“. Gefragt wurde Oliver Kappert u.a. nach dem **neuen Konzept für die Nachverfolgung**, das das baden-württembergische Sozialministerium zwei Wochen zuvor veröffentlicht hatte. Kappert erläuterte den Unterschied zur alten Vorgehensweise:

„Die Anzahl der Kontakte, die wir bei Erkrankten nachverfolgen, ist durch das Konzept kleiner geworden. Wir konzentrieren uns jetzt vorrangig auf die Haushaltskontakte. Vor vier Wochen sind wir noch viel weiter gegangen, da haben wir, wenn jemand in der Disko war und sich dort angesteckt hat, Hunderte von Menschen angerufen. Von den Familien- oder Haushaltsangehörigen wollen wir jetzt aber immer noch wissen, in welchen Berufen sie tätig sind, ob sie mit vulnerablen Gruppen arbeiten, etwa im Pflegeheim, in Behinderteneinrichtungen oder in der medizinischen Versorgung.“

DER SONNTAG wollte auch wissen, ob mit dem neuen Konzept weniger Arbeit auf das Amt zukommen würde? Kappert erklärte, dass die Beratungen für das Klientel „intensiver

geworden“ seien. Es würde „viel mehr Verständnisfragen“ geben, „weil die Verordnungen sich alle vier Wochen ändern und die Regelungen ausgefeilter geworden“ wären. Da sei es schwierig für die Menschen, den Überblick zu bekommen. Das sei „alles komplexer“ geworden als zuvor.

„Und dann bemerken wir bei unseren Anrufen auch, dass die Auskunftsfreudigkeit einiger Bürger zurückgegangen ist und die Informationen, die wir erhalten, teilweise unpräziser und lückenhafter werden. Das macht uns dann größere Mühe als früher.“

Zur Person von Oliver Kappert teilte DER SONNTAG mit, dass Kappert (51) promovierter Mediziner, Facharzt für Öffentliches Gesundheitswesen und Facharzt für Anästhesiologie sei. Er leite seit 2017 das Gesundheitsamt des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald, das auch für den Stadtkreis Freiburg zuständig ist. Seit 2018 habe er zudem die Leitung des gesamten Dezernates Gesundheit und Versorgung des Landratsamtes inne. In dem Interview erläutert Kappert auch die deutlich besser gewordene Personalausstattung seines Amtes. Das ganze Interview kann unter

<https://www.badische-zeitung.de/gesundheitsamt-vor-der-vierten-welle-die-auskunftsfreudigkeit-geht-zurueck--205247657.html>

nachgelesen werden.

Wenn Links nicht funktionieren ...

... dann bitte den Link aus dem Hyg.-Newsletter **in Ihren Browser kopieren** und anschließend das Herunterladen starten. (Durch mehrfaches Umformatieren kann die Hyperlink-Funktion verloren gehen, so dass sie in der Endversion des Hyg.-Newsletter nicht immer zur Verfügung steht.)

Terminkalender

Neu aufgenommen:

26. TZW Kolloquium digital- Neue Erkenntnisse und Anforderungen an die Wasserbranche

01.12.2021; 09:30-12:15 Uhr

Veranstalter: TZW- DVGW
Technologiezentrum Wasser
Weitere Infos und Anmeldungen:
E-Mail: www.tzw.de/veranstaltungen-tzw.
angelika.lesko@tzw.de
Internet: www.tzw.de

19. Gesundheitspflege-Kongress- online

19.-29.10.2021
Veranstalter: Springer Verlag
Weitere Infos und Anmeldungen:
E-Mail: andrea.tauchert@springer.com
Internet: www.springerpflege.de

Weiterbildung der sachkundigen Probenehmer - Entnahme von Wasserproben für die Trinkwasseruntersuchung

23.11.2021 online
Veranstalter: DVGW
Weitere Infos und Anmeldungen:
E-Mail: driefer@dvqw.de
Internet: www.dvgw-veranstaltungen.de

Trinkwasserqualität überwachen und beurteilen - Aktuelle Aspekte

24.02.2022 online
Veranstalter: DVGW
Weitere Infos und Anmeldungen:
Internet: www.dvgw-veranstaltungen.de

Grundschulung - Sachkunde für die Entnahme von Wasserproben für die Trinkwasseruntersuchung

09.03.2022 online
Veranstalter: DVGW
Weitere Infos und Anmeldungen:
E-Mail: stephanie.puetz-depury@dvqw.de
Internet: www.dvgw-veranstaltungen.de

Impressum

Herausgeber: Berufsverband der Hygieneinspektoren
Baden-Württemberg e. V.
Verantwortlich: Simone Zimmermann
Anschrift: Wilhelm-Keil-Straße 50
72072 Tübingen
Telefon: (07071) 2073356
Fax: (07071) 20793356
E-Mail: newsletter@hygieneinspektoren-bw.de
Web: <http://www.hygieneinspektoren-bw.de>



Erscheinungsweise: ab Januar 2020 zweimonatlich